

mandelbaum *verlag*

Alexander Steinbach,
Alfred Schwarz (Hg.)

ÜBER MORGEN

Hilft uns heute das Gestern?
ORF-Reporter:innen in Dialogen
auf vier Kontinenten

mandelbaum *verlag*

Gedruckt mit Unterstützung von



mandelbaum.at • mandelbaum.de

ISBN 978-3-99136-097-1

© mandelbaum verlag eG, Wien 2025

office@mandelbaum.at

Wipplingerstr. 23, 1010 Wien

alle Rechte vorbehalten

Projektkoordination: KATHRIN WOHLMUTH-KONRAD

Satz: KEVIN MITREGA, Schriftloesung

Umschlag: MICHAEL BAICULESCU

Druck: PRIMERATE, Budapest

Inhalt

Vorwort

<i>In einer Welt der Willkür</i>	7
ANDREAS PFEIFER	

»Es ist nicht Entweder-oder«	16
JOANA RADZYNER IM GESPRÄCH MIT BARBARA COUDENHOVE-KALERGI	

»Warum ist Afrika so arm, Herr Muga?«	36
MARGIT MAXIMILIAN IM GESPRÄCH MIT WYCLIFFE MUGA	

»Wenn Europa zulässt, dass der Ukrainekrieg mit einem Sieg Putins endet, dann hat auch ganz Europa verloren«	52
CAROLA SCHNEIDER IM GESPRÄCH MIT IRINA SCHERBAKOWA	

»Dass sich Europa heute auf die USA verlassen kann, das ist völlig vorbei«	76
EUGEN FREUND IM GESPRÄCH MIT TED KOPPEL	

Die Schwalbe aus Prag

<i>Hoffnung kann Leben retten</i>	100
ALFRED SCHWARZ IM GESPRÄCH MIT RADKA DENEMARKOVÁ	

»Der Populismus trägt in sich selbst den Samen seines Untergangs«	120
RENATE ZELLER HEILIG IM GESPRÄCH MIT ÁNGEL VERDUGO	

»Die Zivilgesellschaft muss die Parteien aufrütteln«	142
ROBERT WIESNER IM GESPRÄCH MIT HEIDE SCHMIDT	

Die Welt von übermorgen – retten wir die Welt von gestern?	158
---	------------

ALEXANDER STEINBACH IM GESPRÄCH MIT KENICHI MISHIMA

Die Rede und ihre Freiheit	
<i>»Ich will nicht mehr zu sagen haben als andere auf der Welt ...«</i>	166

GERHARD SEIFRIED IM GESPRÄCH MIT STEFAN WACHTEL

»Ohne mich ist das Leben ganz einfach«	186
---	------------

ALEXANDER STEINBACH IM GESPRÄCH MIT PETER RIEDL

Wird uns die Künstliche Intelligenz das Leben erleichtern?	202
---	------------

ALFRED SCHWARZ IM GESPRÄCH MIT MICHAEL CHRISTEN

Vorwort

In einer Welt der Willkür

»I love the poorly educated«
Donald Trump, US-Präsident

4. MAI 2018

Das Datum liest sich, als läge es nicht weit zurück. Es ist der Vorabend des Gedenktages gegen Gewalt und Rassismus, für die Opfer des Nationalsozialismus. Der Schauplatz ist der Zeremoniensaal der Wiener Hofburg, das Zeremoniell ist vertraut. Es werden Reden gehalten, gebaut aus den Versatzstücken der Erinnerungskultur: »Nie wieder«, »Niemals vergessen«, »Lernen aus der Geschichte«. Doch dann tritt ein Redner aus dem Bannkreis des Abgehangenen und Abgehakten heraus und spricht über aktuelle Einzelfälle. Über eine rechtsnationale Zeitschrift, die ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen als Landplage bezeichnet hat. Über den amtierenden österreichischen Innenminister, der gesagt hat, dass es gelingen kann, Asylwerber »konzentriert an einem Ort« zu halten. Und dann formuliert der Schriftsteller Michael Köhlmeier einen Satz, der sowohl über den aktuellen Anlass als auch über die ritualisierte Erinnerung hinausragt:

»Zum großen Bösen kamen die Menschen nie mit einem großen Schritt, sondern mit vielen kleinen, von denen jeder zu klein schien für eine große Empörung. Erst wird gesagt, dann wird getan.«

Das ist ziemlich lange her. Inzwischen wird getan, in großen Schritten, und ebenso groß ist die Bewirtschaftung wechselseitiger Empörung. Österreich ist auch längst kein Einzelfall mehr, mittlerweile ist der Gestus der mutwilligen Grenzüberschreitung systemisch etabliert und internationalisiert, er hält sich auch schon lange nicht mehr mit der Rhetorik der hypothetisch raunenden Vorankündigung auf. Inzwischen hat der Demokratieverächter Donald Trump einen Überfall

auf das amerikanische Parlament angezettelt, inzwischen unterzeichnet er mit fetten Federstrichen Dekrete, die den Rechtsstaat und transatlantische Traditionen versenken. Inzwischen hat der Kriegsverbrecher Wladimir Putin einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen, ein Nachbarland überfallen, dessen Dörfer und Städte in Schutt und Asche gelegt. Inzwischen hat die Terrororganisation Hamas unschuldige israelische Menschen ermordet, inzwischen hat die israelische Regierung unschuldige Menschen in Gaza verhungern lassen. Selbst der Versuch der Befriedung von Konflikten bedient sich nicht mehr der humanistischen Kulturtechnik der Diplomatie, sondern folgt den Kalkülen des Deals und der Erpressung. Inzwischen verzerren monopolistische Technologiekonzerne die Politik, die Märkte, die Daten- und die Gedankenströme von Milliarden Menschen.

Wir sind in einer Welt der Willkür angelangt. Und die Drift ins Autoritaristische und Autoritäre, die mit großen Schritten über die großen Bühnen der Krisen, Kriege und Konflikte zieht, bewegt und verändert – in kleineren Schritten – auch die Binnenstruktur europäischer Demokratien. Italien wird von einer Postfaschistin regiert, in Deutschland wurde die AFD zur zweitstärksten Partei gewählt, deren Schwesterpartei FPÖ rangiert in Österreich auf dem ersten Platz. Solche Veränderungen, dafür spricht vieles, werden nachhaltig sein. Doch die Halbwertszeit der Fakten und der Fiktionen schrumpft. Der Journalismus, der selbst in den Malstrom ökonomischer, technologischer und politischer Bevormundungen geraten ist, schafft es kaum noch, einen schlüssigen Erzählstrang von Politik zu flechten, die gestern etwas versprochen hat, heute dessen Gegenteil tut und morgen das Vorgestrigte zur Zukunft erklärt.

Ein Buch – geschrieben von Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten des ORF, die welterfahren sind, die eine Menschenrechtsaktivistin, einen Rhetorik-Coach, einen Sozialphilosophen, einen Altrevoluzzer, eine Schriftstellerin, einen Meditationslehrer, eine Parteigründerin, einen KI-Experten und Journalistinnen und Journalisten aus Europa, Afrika und den USA in Gespräche verwickeln –, was kann es leisten? Zur Entwirrung der Zeitläufte, zur Entschlüsselung der Zeitgeschichte, gar zur Enträtselung der Zukunft? Ein Buch zumal, papieren, weitschweifend, von multimedialen Ver-

suchungen unangekränkt, angesiedelt an der Endmoräne des Guttenberg-Zeitalters?

Zur landläufigen und grenzüberschreitenden Bewirtschaftung der Willkürwelt kann es wenig beitragen, die Schlagzeilen der Euphorie und der Empörung werden andernorts geschrieben. Doch die Erschütterungen einer Welt, die in eine taumelnde Bewegung mit offenem Ausgang geraten ist, reichen in den Gedankenaustausch dieser rechtschaffen Nachdenklichen spürbar hinein: Wenn Ted Koppel, der ehemalige ABC-Starmoderator, nicht mehr ermessen kann, ob sich der amerikanische Präsident noch an eine Entscheidung des Supreme Court halten würde und Eugen Freund nachfragen muss: »Nicht einmal dabei können wir sicher sein?« – »Nein«, sagt Koppel. Wenn Irina Scherbakowa, die zu Zeiten von Glasnost und Perestroika damit begann, die Schicksale von Menschen zu dokumentieren, die unter Stalin als ausländische Agenten zum Tode verurteilt wurden, im Dialog mit Carola Schneider erzählt, wie sie von Wladimir Putin zur ausländischen Agentin erklärt wurde; und heute nicht mehr daran glauben will, noch zu Lebzeiten aus dem Berliner Exil nach Moskau zurückzukehren. Wenn der Arzt und Meditationslehrer Peter Riedl bei Alexander Steinbach konstatiert, dass Werte wie Liebe, Fürsorge an Bedeutung zu verlieren scheinen, dass der Egoismus wieder zunimmt.

1. SEPTEMBER 1784

Das Datum liest sich, als läge es weit zurück. An diesem Tag schreibt der Philosoph Moses Mendelssohn einen Brief an den Schweizer Gelehrten Johann Georg Zimmermann. Darin steht zu lesen: »Wir träumen von nichts als Aufklärung und glaubten, durch das Licht der Vernunft die Gegend so aufgehellte zu finden, dass die Schwärmerey sich gewiss nicht mehr zeigen werde. Allein, wie wir sehen, steigt schon von der anderen Seite des Horizonts die Nacht mit allen ihren Gespenstern wieder empor.« Man könnte diesen Satz in die Gegenwart transferieren. Er spiegelt – nach einer langen Nachkriegszeit der Friedensgewissheiten – das ungläubige Staunen darüber, wie rasch zivilisatorische Errungenschaften wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit oder soziale Fairness relativiert werden, ins Wanken geraten

können. Aber man kann diesen Satz auch ganz anders lesen, als einen Einblick in die Pendelbewegungen der Geschichte. Als Moses Mendelssohn seinen Brief schreibt, beginnt das Licht der Aufklärung gerade erst zu leuchten. Im Dezember desselben Jahres veröffentlicht Immanuel Kant in der Berlinischen Monatsschrift seinen wegweisenden Essay über den »Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit«. Es ist ein leidenschaftliches Plädoyer für das Selberdenken, für die Redefreiheit, für den Wagemut der abweichenden Meinung. Die Priorität der Vernunft im Bewusstsein ihrer Gefährdung durch den plötzlichen Einbruch des Irrationalen – das ist die Dialektik der Aufklärung, die zur Geschichte geworden ist.

Dieses Buch – und mit ihm der Journalismus insgesamt – steht in ebendieser Tradition. Die Frauen und Männer, die Fragenden und die Befragten, die hier zu Wort kommen, sind Arbeiter im Weinberg der Aufklärung, während am Horizont wieder einmal eine Nacht mit neuen Gespenstern emporzusteigen scheint. Und daher können und wollen sich die wenigsten mit apokalyptischen Szenarien aufhalten. Sie nützen das alte Handwerkszeug des kritischen, auch des pointierten Denkens, um neue Herausforderungen auszuloten; die Steuerung von Migrationsbewegungen, die technologische und ideologische Metamorphose von Medienlandschaften, die politische Polarisierung von Gesellschaften, die Risiken und Chancen künftiger Generationen. So wird das bemerkenswerte oder disruptive Einzelereignis der Gegenwart in seinen zeitgeschichtlichen Vorlauf eingebettet und damit interpretier- und auch relativierbar. So wird die Prognose nicht zur düsteren Prophezeiung, sondern zur nüchternen Ableitung des Möglichen aus aktuellen Entwicklungen und Rückschlüssen eigener Berufs- und Lebenserfahrung. So löst die Freude am Argument, auch an der wagemutigen Provokation, das Beharren auf der apodiktischen Festschreibung auf. Wenn die Journalistin Barbara Coudenhove-Kalergi im Gespräch mit Joana Radzyner ein Lob des politischen Kompromisses in seiner österreichischen Erscheinungsform anstimmt und sich sicher ist, »dass solide Konservative und solide Linke gut zusammenarbeiten können. Mit populistischen Schnöseln hingegen wird es schwer.« Wenn die tschechische Schriftstellerin Radka Denemarková mit Alfred Schwarz spricht und ihrer nüchternen Analyse, dass wir in einer Welt

leben, »wo jeder Dummkopf auf der Straße Unsinniges grölt und in den sozialen Medien lügt und hetzt«, eine Poetik der literarischen Differenzierung entgegensetzt. Sie hält das Lesen als »Antithese zum herrschenden Autoritarismus« hoch. Wenn der Kommentator und Politikberater Wycliffe Muga die berechtigte Frage von Margit Maximilian, warum Afrika so arm ist, zurückweist und lieber auflistet, wieviel dafür spricht, dass in Afrika eine »kreative, digitale und grüne Wirtschaft« ihren Wachstumsimpuls erhält und auch entfalten kann. Überhaupt weitet und lichtet sich der Horizont immer dann, wenn dieses Buch sich über die Hauptstädte der medial verdichteten Düsternis hinausbewegt. Wer den Zustand der Welt beschreiben will, darf sich nicht nur in Moskau, Washington oder Tel Aviv aufhalten. Man muss den Blick auch auf Nairobi, Tokio oder Mexico City richten.

Im Tugendkatalog der Aufklärung findet sich aber auch der Auftrag zur kritischen Selbstbefragung. Er wird selten eingelöst, weil im idealistischen Pathos der Progression in eine vermeintlich immer bessere Welt die realen und realpolitischen Bedürfnisse und Möglichkeiten ihrer Bewohner gerne vergessen werden. Und überhaupt lenkt die tägliche Fixierung auf das Gebaren der Mächtigen davon ab, dass die Globalisierung und ihre Geschwindigkeiten Herausforderungen und Überforderungen für alle bereithält; für ihre Strippenzieher, für ihre Nutznießer, für ihre Opfer. Kritische Selbstbefragung aber findet in diesem Buch statt. Wenn der ehemalige mexikanische Studentenführer und marxistische Revolutionsheld Ángel Verdugo im Gespräch mit Renate Heilig bedauert, dass er damals – 1968 – felsenfest davon überzeugt war, »dass das, was in Vietnam geschah, das Beste für die Vietnamesen war, und dass das, was die Kubaner erreicht hatten, das Beste für die kubanische Gesellschaft war«. Heute ist Verdugo davon überzeugt, dass sich wahrer gesellschaftlicher Wandel, »nicht durch den bewaffneten Kampf, sondern auf friedlichem demokratischem Weg« vollziehen muss. Kritische Befragung findet statt, wenn der japanische Sozialphilosoph Kenichi Mishima, von Alexander Steinbach befragt, feststellt, dass viele junge Japaner »zunehmend konservativ und nationalistisch« werden und er vergegenwärtigt, »in welchem Ausmaß wir in den hochentwickelten Industrieländern den sogenannten Globalen Süden ruiniert haben.«

Dieses Datum liegt nicht weit zurück und trägt bereits die – neuerdings inflationär verteilte – Plakette des historischen Tages. An diesem Tag verhandeln der Demokratieverächter Donald Trump und der Kriegsverbrecher Wladimir Putin in Anchorage über das Schicksal der Ukraine – in Abwesenheit ihres demokratisch legitimierten Repräsentanten, in Abwesenheit seiner europäischen Verbündeten. Am Ende wird es ein »No Deal« – nicht zum ersten Mal zeigt sich, dass die Inszenierung bemerkenswerter ist als das erzielte Ergebnis. Aber immerhin steht der russische Präsident nun endlich auf der großen Bühne der Machtwillkürlichen, auf Augenhöhe mit dem amerikanischen Amtskollegen. Und dort, in Alaska, formuliert Putin einen Satz, der erahnen lässt, wie er Geschichte schreiben will:

»Es ist symbolisch, dass es unweit der Grenze zwischen Russland und den USA eine sogenannte internationale Datumsgrenze gibt. Ich denke, man kann buchstäblich vom Gestern ins Morgen wechseln, und ich hoffe, dass dies auch politisch gelingen wird.«

Es ist ein Satz, der unwidersprochen bleibt. Man könnte ihn unter Aufbietung einiger Naivität als Andeutung von Gesprächsbereitschaft lesen. Aber wer das Morgen und seine Grenzziehungen nicht politisch verhandeln, sondern mit Waffengewalt festschreiben will, folgt der zynischen Dialektik der Geschichtsklitterung, die den Rückfall in vorgestrigte Barbarei zur glorreichen Zukunft erklärt.

»Über Morgen« – der Titel dieses Buches, scheint viel zu versprechen. »Hilft uns Heute das Gestern?« lautet die skeptische Frage des Untertitels. Man könnte geneigt sein, sie zu verneinen. Die Welt der Willkür, in der wir gerade leben, befördert Geschichtsvergessenheit. Doch wer könnte die Kontinuitäten und die Brüche auf der historischen Zeitachse besser freilegen, wer könnte triftige Mutmaßungen über das, was kommen könnte, besser anstellen als Menschen, die schon viel erlebt und viel darüber nachgedacht haben? Reporter, die viel von der Welt gesehen und beschrieben haben. Zeitzeuginnen, die Migration und Zensur und Krieg am eigenen Leib erfahren haben? Experten, die ihre Materie beherrschen und ihren Blick und ihr Urteil von den Aufregungen und Empörungen des aktuellen Tagesgeschäfts

lösen können. Politische Protagonistinnen, die schon einmal versucht haben, die Welt zu verändern, ein wenig zumindest?

Wenn solche Menschen in einen Dialog eintreten, fallen Sätze, die nicht unwidersprochen bleiben. Und so lebt in diesen Gesprächen auf Augenhöhe auch die im globalisierten Gezänk verschüttete Streitkultur wieder auf. Wenn der Rhetorik-Coach Stefan Wachtel, der wegen des Gebrauchs von Meinungsfreiheit in einem DDR-Gefängnis saß, behauptet, dass im Deutschland der Gegenwart die Redefreiheit eingeschränkt wird, auch von öffentlich-rechtlichen Medien, die »ganz klar ein Turbo für die Verengung des Meinungskorridors« seien – und damit den Einspruch des ehemaligen ORF-Korrespondenten Gerhard Seifried herausfordert. Wenn Heide Schmidt, Begründerin des Liberalen Forums, von der Zivilgesellschaft als eine ihrer engagiertesten Repräsentantinnen verlangt, dass sie »die Parteien aufrütteln muss«; und ihr Gegenüber Robert Wiesner noch einmal den Finger in eine alte Wunde legt und wissen will, warum sie damals als Stellvertreterin von Jörg Haider, eine Zeit lang zögerte, sich von seinem Spruch über die »ordentliche Beschäftigungspolitik« unmissverständlich zu distanzieren. »Darf ein Journalist so hartnäckig oder gezielt fragen? Darüber bleiben wir weiter uneins.« Wenn der KI-Experte Michael Christen nach einer profunden Darstellung der Entwicklung und der Entwicklungsmöglichkeiten von Künstlicher Intelligenz überzeugt ist, dass sie »uns die Welt erleichtern« wird; und Alfred Schwarz diesen Optimismus mit dem Verweis auf die »Ängste der Zensur, der Überwachung der Privatsphäre«, auf die Instrumentalisierung der KI durch große Softwarekonzerne in Frage stellt. Meinungsverschiedenheiten, Spannungen, Widersprüche und Paradoxien treten nun einmal auf, wenn die Ethik des Diskurses beherzigt wird. Das ist in diesem Buch der Fall, und damit liefert es auch einen Gegenentwurf zum grassierenden Gestus der monologischen Selbstbehauptung, der die Kommunikation in sozialen Medien und zunehmend auch in der Politik prägt. Auf dem historischen Gipfel von Alaska jedenfalls blieben alle Verlautbarungen von Donald Trump und Wladimir Putin unwidersprochen – journalistisches Nachfragen war nicht zugelassen.

Die Leserinnen und Leser dieses Buches werden nicht nur Bestätigungen ihrer Meinungen vorfinden, sie müssen auch mit Gegenargu-

menten, mit Stolpersteinen, mit Überraschungen, auch mit Ärgernissen rechnen. So ist das, wenn Redefreiheit herrscht; man hätte sich davon nicht entwöhnen sollen. Am Selberdenken führt – vor und nach allen KI-Debatten – kein Weg vorbei. Im idealtypischen Fall wäre es ein Weg aus der un- oder selbstverschuldeten Unmündigkeit. Moses Mendelssohn, Immanuel Kant und Michael Köhlmeier hätten ihre Freude daran.

POSTSKRIPTUM

Am 3. August 2025 befragt Michael Köhlmeier den Autor und Journalisten Paul Lendvai im Park des Wiener Belvedere zu seinem Leben und Lebenswerk. Und legt am Ende des Gesprächs ein Bekenntnis ab: »Charismatiker gehen mir auf die Nerven. Ich sehne mich nach langweiligen Politikern.« Als positives Fallbeispiel nennt er den amtierenden österreichischen Bundeskanzler.

Ich erhebe einen Einwand. An der Langweiligkeit des amtierenden Bundeskanzlers lässt sich zweifeln, wenn man sich daran erinnern will, dass er den im Jahre 2018 amtierenden Innenminister beinahe zum Bundeskanzler gemacht hätte. Dies, um zu dokumentieren, dass heute nicht vergessen werden muss, was gestern war. Für den Fall, dass es sich morgen wiederholt.



Andreas Pfeifer



»Es ist nicht Entweder-oder«

JOANA RADZYNER IM GESPRÄCH MIT

BARBARA COUDENHOVE-KALERGI

»Ich bin steinalt und kann nur von der Vergangenheit erzählen ...«, ruft Barbara in das Esszimmer, während sie in der Küche das Lieblingsgericht eines ihrer Großneffen aus dem Backofen holt. Es gibt Zwiebelschnitzel mit Petersilienkartoffeln und ein Gläschen Weißwein. »... Über Gegenwart und Zukunft müssen sich die Jungen den Kopf zerbrechen«.

Ich widerspreche, nicht zum ersten Mal. Für mich als gelernte Historikerin ist der Erfahrungsschatz der älteren Generation wie ein Seismograf, der noch unterirdisch lodernde Gefahren erspürt. Und insgeheim gibt Barbara mir recht, denn zu den brennendsten Fragen der Zeit schweigt sie bis heute nicht, wenngleich sie keinen wöchentlichen Kommentar mehr im *Standard* schreibt.

Seit auch ich Pensionistin bin, treffen wir uns regelmäßig in der Wiener Innenstadt »zum Tratschen«. Und nach jedem Abschied ruft Barbara mir verschmitzt nach: »Wenn dir langweilig ist, ruf an! Adieu!«

Heute schalte ich mit Barbaras Einverständnis zum ersten Mal ein Aufnahmegerät ein, um in ihrem gemütlichen hellen Wohnzimmer, wie so oft, »über Gott und die Welt« zu sprechen. Barbara und ich haben beide einen sogenannten Migrationshintergrund. Sie musste im Mai 1945 als Dreizehnjährige mit der Familie aus ihrem geliebten Prag fliehen, meine Familie ist im Herbst 1959 infolge des im kommunistischen Polen damals neu entflammten Antisemitismus nach Österreich ausgewandert. Ich war fünf Jahre alt.

Seither gab es noch mehrere Einwanderungswellen nach Österreich und man hatte lange den Eindruck, dass Integration kein Thema ist.

Das ist heute anders. Warum?

Inzwischen sind die Fluchtbewegungen so groß, dass breite Kreise meinen, das geht einfach nicht, dass die halbe Welt nach Europa will.

Aber die Diskussion über reguläre oder irreguläre Migration ist problematisch, denn niemand flieht, nur weil er bei uns die Mindestsicherung bekommt. Die Menschen fliehen, auch wenn sie nicht persönlich verfolgt werden, vor für sie unerträglichen Lebensbedingungen, ob es das Klima ist oder Armut. Jeder, der flieht, hat einen guten Grund. Ich habe ja selber Migrationshintergrund und finde es schrecklich, wenn man den Menschen dieses Recht nehmen will. Und ich bin grundsätzlich der Meinung, dass Wien bei aller Ausländerfeindlichkeit eine Integrationskraft hat und seit Jahrhunderten eigentlich eine Einwanderungsstadt ist. Hier in Wien ist immer noch ein Nachklang der Metropole eines Vielvölkerstaates zu spüren. Ich glaube also, dass Integration möglich wäre, ohne die Leute zu zwingen, kleinösterreichische Werte anzunehmen und die berühmte österreichische Leitkultur zu akzeptieren.

Ob sie nicht auch jene alteingesessenen Wiener:innen verstehen kann, denen das in manchen Bezirken unleugbar veränderte Straßenbild aufstößt?

Wir haben vor Jahren die Initiative »Land der Menschen« gestartet, wo es darum ging, mit Migranten zusammenzuarbeiten. Ich erinnere mich da an eine Veranstaltung, bei der auch eine Gruppe von Wiener Arbeitern dabei war, die sich das Geschehen skeptisch angeschaut haben und dann sagten: »In unsere Partie kommt jedenfalls kein Ausländer herein.« Aber einer von dieser Partie war schokoladenbraun und grinste breit. Da haben wir gefragt, auf ihn zeigend, und dieser Kollege hier? Empörte Antwort: »Das ist doch kein Ausländer. Das ist der Mustafa!« Von dieser Einstellung ist noch immer etwas da und man ist, meine ich, doch bereit zu sagen, das sind unsere Leute, auch wenn sie von anderswo herkommen. Die Politiker wie die Normalbürger müssen lernen zu akzeptieren, dass wir in einer globalisierten Welt leben und dass in einer Stadt wie Wien sehr viele Menschen leben, die hier nicht geboren wurden. Es muss ein Weg gefunden werden, um diese Menschen zur Einhaltung der Gesetze zu verpflichten, ohne ihre eigene Kultur verleugnen zu müssen, wenn sie hier akzeptiert werden wollen. Das ist sicherlich ein schwieriger Lernprozess für beide Seiten und wir sind mittendrin in diesem Prozess. Ich habe

zehn Jahre lang Migranten unterrichtet und ich weiß, dass es nicht leicht für diese Leute und für die hiesige Gesellschaft ist, zu akzeptieren, dass jemand zwei Heimaten haben kann und in zwei unterschiedlichen Kulturen zu Hause ist und dass das auch okay ist.

Angesichts einer wachsenden muslimischen Bevölkerung würde sich Barbara auch wünschen, dass in Wien weitere Moscheen mit Minarett entstehen, wie die 1979 errichtete Moschee am Hubertusdamm in Floridsdorf, die ein 32 Meter hohes Minarett hat und das Islamische Zentrum beherbergt. Denn es sei nicht richtig, dass den Abertausenden Gläubigen nur Wohnungen oder aufgelassenen Lagerhallen als Gebetsräume dienen müssen. Aber wäre das den alteingesessenen Bürger:innen zumutbar?

Es ist eine Tatsache, dass in manchen Gegenden Wiens die Mehrheit der vor allem jungen Leute inzwischen muslimischen Glaubens ist und ihren Glauben eher praktizieren als die Christen, denn die Kirche ist heute in einer Krise. Aus historischen Gründen gibt es allein im kleinen ersten Bezirk 21 christliche Kirchen. In einem Bezirk wie Favoriten gibt es hingegen keine einzige sichtbare Moschee. Es hat ja früher schließlich auch sichtbare Synagogen gegeben! Die Nazis haben sie zerstört, aber ich glaube, dass es angemessen wäre, wenn man die Glaubensvielfalt auch sehen könnte. Auch die Protestanten durften lange keine sichtbaren Kirchen haben, so ist die lutherische Hauptkirche in der Dorotheergasse von außen kaum zu erkennen. Die reformierte evangelische Kirche, die ein bisschen später kam, hat hingegen schon ein Türmchen. Ich glaube also, dass wir auch mit dieser religiösen Vielfalt gut leben können. Da waren wir schon einmal weiter. Nachdem Österreich 1908 Bosnien und die Herzegowina annektiert hatte, wo eine breite muslimische Bevölkerung lebte, stellten die Bosniaken zum Beispiel ein österreichisches Eliteregiment. Jemand hat mir einmal erzählt, dass sein Vater, ein gebürtiger Österreicher, Bosniaken-Offizier war und dass er einen Fez am Kopf trug und dass das okay war. Und als die Bosniaken einmal durch die Steiermark marschierten und manche Steirer ihnen Steine nachwarfen, wurden die Rädelsführer sofort eingesperrt, weil das Gesetz sagte, dass die ös-

terreichische Armee nicht beleidigt werden darf, egal woher die Leute herkommen, welche Uniform sie tragen und welche Religion sie haben. Wir sollten also aus dieser Vergangenheit lernen zu akzeptieren, dass es nun einmal verschiedene Religionsgemeinschaften gibt.

Mein Einwand, dass die Muslim:innen in Österreich auch Forderungen an die österreichische Regierung stellen, denen umgekehrt in keinem islamischen Land entsprochen würde, überzeugt Barbara nicht.

Man kann vieles sicherlich nicht negieren, aber eine Mehrheit der Zuwanderer, auch wenn sie gläubige Muslime sind, zeigen sich durchaus bereit, unsere Gesetze zu respektieren und demokratische Normen zu akzeptieren. Das geht, wie auch die Amerikaner uns das vorzeigen. Du kannst da als irisch-stämmiger Bürger den St. Patrick's Day feiern – das ist immer eine beeindruckende Prozession durch New York – und kannst trotzdem ein loyaler US-Staatsbürger sein. Bei uns sieht man es hingegen nur ungern, wenn Leute ihre nicht-österreichische Identität zelebrieren. Das wird dann sofort als Parallelgesellschaft verurteilt.

Im vergangenen Herbst habe ich an einer Veranstaltung der islamischen Glaubensgemeinschaft teilgenommen, die erstmals den Anas-Schakfeh-Preis verlieh. Anas Schakfeh war ein syrischer Gelehrter, der von 1999 bis 2011 der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich vorstand. Der Preis ging an drei nicht-muslimische Frauen. Aber beim Festakt waren kaum österreichische Gäste da. Ich fragte, habt ihr keine Österreicher eingeladen? Doch, war die Antwort, aber die sind nicht gekommen. Wenn also oft gesagt wird, dass die muslimischen Autoritäten zu wenig tun, um sich zu integrieren, dann habe ich schon das Gefühl, dass ihnen, wenn sie das tun, niemand zuhört. Da gibt es auf beiden Seiten eine Bringschuld.

Und welche Rolle spielt in diesem ganzen Kontext noch die katholische Kirche?

Ich habe viele Jahre bei der Caritas gearbeitet und habe die Erfahrung gemacht, dass Leute, die etwas von Religion verstehen, besser miteinander auskommen als Leute, die weder vom Islam noch vom

Christentum noch vom Judentum eine Ahnung haben. Meiner Ansicht nach hat die katholische Kirche durchaus das Potenzial, einen Weg des friedlichen Zusammenlebens und des gegenseitigen Respekts zu finden; es gibt ja doch viele gemeinsame Werte. Kirchen und Religionsgemeinschaften können, davon bin ich überzeugt, auch ein verbindendes Element sein. Es gibt ja auch zwischen Christen und Juden schon einen institutionalisierten Dialog. Antagonismus kommt eher von außen als von innen. Leute, die es ernst meinen mit ihrer Frömmigkeit, sind nicht unbedingt darauf aus, Feindbilder zu schaffen oder Konflikte zu schüren.

Aber ist es in Wirklichkeit inzwischen nicht so, dass sich die Kirchen leeren und die Moscheen aus allen Nähten platzen?

Es ist wahr, dass es eine große Austrittsbewegung gibt, aber die Kirche hat auch ihre historische und kulturelle Dimension. Ich kann mir Österreich eigentlich nicht vorstellen ohne den spitzen Kirchturm, der aus jedem Dorf herauschaut, und ich glaube, dass dieses Bild auch vielen Leuten abgehen würde, die es mit dem lieben Gott nicht so haben. Denn das ist auch wieder eine Frage der Identität.

Du bezeichnest dich selber gerne als rosarotes »Kerzlweiberl«, gleichzeitig hast du auch schon öfter gesagt, dass du dir, was die Existenz eines »lieben Gottes« betrifft, gar nicht so sicher bist ...

Zwei Jahrtausende Christentum sind nicht spurlos an der Gesellschaft vorübergegangen. Und jenseits von allen theologischen Spitzfindigkeiten wird sich vieles davon auch weiterhin noch halten. Ähnliches gilt im Übrigen wahrscheinlich auch für islamische Länder. Auch da gibt es Kulturen, die den Menschen wichtig sind und die sie behalten wollen, auch wenn sie die Glaubenswahrheiten nicht so wahn-sinnig wichtig nehmen ...

... wie in der jüdischen Diaspora inzwischen ...

Das Judentum ist ein gutes Beispiel, denn es gibt viele assimilierte, nicht-religiöse Juden, die trotzdem von sich sagen, ich bin jüdisch, also nicht alle Brücken zu ihrem Glauben abbauen wollen.

Seit dem 7. Oktober 2023, als Einheiten der Terrororganisation Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen in Israel einfielen, auf bestialische Art 1182 Juden ermordeten und 250 Menschen in den Gazastreifen verschleppten, hat sich das jüdische Leben auch in der Diaspora fundamental geändert. Nach internationalen Solidaritätsbekundungen mit Israel unmittelbar nach dem Massaker wendete sich das Blatt. Israels militärische Gegenoffensive im Gazastreifen löst wachsende internationale Empörung aus und schürt nicht nur Kritik an der Regierung Israels, sondern auch den Antisemitismus. Auch assimilierte Jüd:innen rücken enger zusammen.

Es gibt einen Unterschied zwischen dem Nazi-Antisemitismus, der Juden umbringt, weil sie Juden sind, und dem Nahostkonflikt, wo es um Territorien geht. Wenn ich aus Gaza wäre, würde wahrscheinlich auch ich die Israelis hassen. Und wenn ich das Hamas-Massaker vom 7. Oktober vor zwei Jahren erlebt hätte, würde ich die Hamas hassen. Wenn man hingegen hierzulande von Antisemitismus spricht, dann ist die Grenze fließend. Nicht jeder, dem die Leute in Gaza leidtun, ist ein Antisemit. Auf der anderen Seite kann ich mir gut vorstellen, dass sich auch hinter der antikolonialistischen Bewegung traditionelle Antisemiten verstecken und sagen, Israel begeht einen Völkermord, also sind wir gegen alle Juden. Die Deutschen wiederum sagten bisher, die Sicherheit Israels gehört seit dem Holocaust zur deutschen Staatsräson, also müssen wir uns mit Kritik zurückhalten. Ich finde es allerdings zu simpel, alles, was sich heute rund um den Palästina-Konflikt abspielt, unter Antisemitismus einzureihen, ich meine unter unseren traditionellen österreichisch-deutschen Antisemitismus. Aber sicher ist heute alles weniger rosig, als es noch vor zwanzig Jahren ausgesehen hat. Mir hat erst vor Kurzem jemand gesagt, der viel in Israel unterwegs ist, dass von der Zweistaatenlösung, die wir hier in Österreich immer propagiert haben, nur noch wenig übrig ist und jetzt nur noch das »Wir oder sie« gilt. Entweder wir bringen dich um oder du bringst uns um. Das ist schrecklich. Aber auch dieser Konflikt ist schrecklich.

Über den Ernst der aktuellen Weltlage sind Barbara und ich uns einig. »Ist dir auch mulmig?«, fragen wir einander bei jedem Wiedersehen. Dass Finnland und das so lange neutrale Schweden mit breiter Zustimmung seiner Bevölkerung der NATO beitraten oder dass Polen seine Militärausgaben in kürzester Zeit fast verdoppelt hat, lässt uns bei der Lektüre innerösterreichischer Schlagzeilen höchstens die Achseln zucken. Sorgenvoll blicken wir auf das Erstarken einer Internationale der Autokraten, zu der sich inzwischen auch US-Präsident Donald Trump gesellt hat.

Wenn einer kommt und sagt, uns gehört jetzt Grönland und uns gehört jetzt Kanada, und ein anderer sagt, mir gehört jetzt die Ukraine – das ist zwar völkerrechtswidrig, aber wir machen es trotzdem –, das hat offenbar auch etwas Attraktives. Dass solche Autokraten wie Trump und Putin sich einfach über alles hinwegsetzen, was mühsam ausverhandelt wurde, über den Haufen werfen und sagen, ich mach's aber trotzdem – da kann ich mir vorstellen, dass das für viele Leute, die zu Recht mit dem Status quo unzufrieden sind, einen Reiz hat. Viele haben dabei mehr als ein mulmiges Gefühl, aber Tatsache ist, dass es europaweit einen Vormarsch dieser Bewegungen gibt.

Ist es in diesem Sinne vorstellbar, dass jetzt auch ein Autokrat wie Orbán in Ungarn zum Beispiel das frühere, heute zu Rumänien gehörende Siebenbürgen zurückfordert?

Also dass Ungarn sich Siebenbürgen wieder einverleibt, nein, das kann ich mir doch nicht vorstellen. Dass man aber vielerorts in der Europäischen Union einerseits zwar Aufklärung und Befreiung gesehen hat, andererseits aber auch einen Verlust der eigenen Nation – da ist schon etwas dran.

Es ist sicher so in der Geschichte, dass Nationalismus und Nicht-Nationalismus sich abwechseln. Im 19. Jahrhundert hatten wir die Phase des Nationalismus im Sinne eines Erwachens der Nationen, kleine Fürstentümer schlossen sich zu den Staaten Italien und Deutschland zusammen. Andererseits führte der Nationalismus aber auch zum Zerfall von Vielvölkerstaaten wie der Habsburgermonarchie und

des Osmanischen Reiches. Dann kam es zu einer Gegenbewegung, die das Konzept Europa wieder populär machte. Hier war die Tschechoslowakei unter ihrem Präsidenten Masaryk führend. Masaryk hat die Tschechen und Slowaken in die Unabhängigkeit geführt, war aber gleichzeitig auch Befürworter von Europa. Es gibt also Entwicklungen pro und contra, die oft nebeneinander existieren, wie jetzt in Polen. Ministerpräsident Donald Tusk ist prononcierter Europäer, sein schärfster Gegner, der frühere Regierungschef Kaczyński, ist ein ausgewiesener Nationalist. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an eine tschechoslowakische Karikatur kurz nach der Befreiung vom Kommunismus 1989. Da hält der spätere Ministerpräsident der slowakischen Teilrepublik Jan Čarnogurský ein Plakat, auf dem geschrieben steht: »Jedes Volk braucht sein 19. Jahrhundert«. Und ja, die Slowaken hatten ihr 19. Jahrhundert, also ihren nationalen Aufbruch, tatsächlich erst hundert Jahre später! Das Besinnen auf die Nation ist wahrscheinlich etwas, was die meisten Völker irgendwann einmal durchgemacht haben und was dann wieder vergeht. Heute sind wir wieder mittendrin. Denn ja, es gibt sie wieder, die nationalistische Welle, wenn man auf die Regierungen in der Slowakei oder in Ungarn und anderswo schaut. Die nationalistischen Bewegungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts waren aber nicht nur reaktionär. Sie hatten auch fortschrittliche Elemente. So war die Einigung Italiens ein Projekt, das auch viele Liberale als Überwindung mittelalterlicher Strukturen unterstützten. Die nächste Stufe war dann Europa. Und man liest und hört ja allerorten, dass das Erstarken des amerikanischen und des russischen Nationalismus als Reaktion das Erstarken des Gesamteuropäischen, also eines Übernationalismus befördert hat.

Neu ist, dass Amerika nicht mehr als Hort der Freiheit und Russland wieder als Feind wie in vergangenen Jahrhunderten gesehen wird. Dabei war ja auch die ursprüngliche Idee der Sowjetunion die Idee einer Union sozialistischer Staaten, die eine Vielfalt der Nationen nicht ausgeschlossen hat. Aber später kam eine beinharte Russifizierung und aufgezwungener Sozialismus und naturgemäß Widerstand.

So zum Beispiel hat meine Generation die Ukraine ja noch als Teil der Sowjetunion in Erinnerung. Ich war ein paar Mal in der Ukraine und hatte immer den Eindruck, dass das keine Nation ist. Czernowitz

ist österreichisch, Lemberg ist polnisch, Charkow ist russisch. Aber jetzt ist die Ukraine offenbar eine Nation.

Die Entwicklung pro und contra Nation ist also offenbar etwas, das nicht abgeschlossen ist, sondern immer weiter geht.

Unmittelbar nach dem Fall des »Eisernen Vorhangs« war die von Österreich ausgehende Option »Mitteleuropa« für die drei ostmitteleuropäischen Staaten Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei in konservativen Kreisen populär. Von Links kam die Kritik, dass Österreich damit die Phantomschmerzen nach dem Verlust seines ehemaligen Imperiums heilen wollte. Was hast du davon gehalten?

Ja, das war eine Zeit lang große Mode. Und mir hat die Idee, zugegeben, sehr gefallen, eben weil sie ein bisschen an die Habsburgermonarchie angeknüpft hat, also an den Vielvölkerstaat. Das scheint jetzt aber wieder out zu sein. Wenn man den Umfragen glaubt, hängen die meisten Österreicher an der Idee der Neutralität ihres Staates fest. Aber das, was wir unmittelbar nach 1989 erlebt haben, die Art, wie die Leute aus Ungarn, aus der Tschechoslowakei, aus Polen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs bei uns begrüßt wurden, das zeigt, dass diese Idee nicht so unrealistisch war. Die »Ziegelböhen« kommen zurück sozusagen.

Das ist heute anders. Die Fremden werden eher als Bedrohung empfunden. Aber die Mitteleuropaidee ist ziemlich verschwunden. Man hat sich dann doch dem großen Westen zugehörig gefühlt. Mit dem Wegfall Amerikas, das inzwischen als Hort der Unfreiheit und nicht mehr als Ort der Freiheit gesehen wird, ist aber auch das wieder vorbei. Wenn es also eine belastbare übernationale Idee gibt, dann ist es heute eher das Europa zwischen den Blöcken Amerika, Russland und China.

Dieses Europa, das du ansprichst, ist erst im Werden. Viel zu lange hat man sich in der Sicherheit gewogen, dass Europa keine militärische Aggression zu fürchten hat und im Falle des Falles die NATO und da vor allem Amerika uns verteidigt. Dem ist nicht mehr so, wenngleich diese Erkenntnis noch nicht ins Be-

wusstsein vieler Europäer:innen gedrungen ist. Obwohl erst vor Kurzem die neue russische Aggressionspolitik das lange neutrale Schweden und Ungarn mit breiter Zustimmung ihrer Bevölkerungen zum Beitritt in die NATO bewogen hat, ist die Bereitschaft, auch zu den Waffen zu greifen, um das eigene Land notfalls zu verteidigen, in Deutschland und in Österreich laut Umfragen beängstigend niedrig.

Also ich mag über ein solches Thema eigentlich gar nicht reden, weil ich schon alt bin, aber in meinem eigenen Umfeld haben die meisten jungen Leute Zivildienst gemacht und die Begeisterung für das Bundesheer war eher gering. Aber möglicherweise gewinnt der Gedanke der Wehrfähigkeit inzwischen doch an Popularität. Momentan sehe ich zwar schon, dass man dem Expansionsdrang Russlands etwas entgegensetzen muss, aber das hat noch nicht wirklich in eine Militärbegeisterung umgeschlagen, soweit ich das beobachten kann. Der liberale Mainstream sagt, Europa muss sich zur Wehr setzen, aber ich sehe das eher noch als abstrakte Idee denn als wirkliche Mobilisierung zur Landesverteidigung.

Nicht minder beunruhigend ist vor diesem Hintergrund die schleichende Erosion der westlichen Demokratie, wie sie sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges etabliert hat. Die breite gesellschaftliche Mitte scheint immer anfälliger für radikale Alternativen, der Rechtsextremismus feiert in immer mehr Ländern atemberaubende Wahlsiege. Ist diese Entwicklung unumkehrbar?

Ich gehöre einer Generation an, die es eigentlich schon gar nicht mehr gibt. Für meine Generation – ich habe als Kind noch die Nazizeit erlebt – gilt das Ergebnis einer Umfrage zur Demokratie, die ich einmal gelesen habe. Die überwältigende Mehrheit der Alten sagt da »Ja« auf die Frage, ob die Demokratie eine gute Idee ist. Eine doch hohe Zahl der Jungen sagt »Nein«. Dieses Ergebnis, glaube ich, hat damit zu tun, ob jemand auch das Gegenteil von Demokratie erlebt hat oder nicht.

Ich habe, wie gesagt, als Kind die Nazizeit erlebt und dann die demokratische Nachkriegszeit und als Journalistin später auch kommunistische Diktaturen, aber ich habe es als Jugendliche gehasst, wenn

die Alten gesagt haben, früher war alles besser, und Ratschläge erteilen und sagten, zu meiner Zeit hätte es das nicht gegeben. In diese Rolle mag ich nicht gedrängt werden. Aber ja, ich finde, dass die Demokratie eine gute Idee ist, der Zeitgeist aber offensichtlich in eine andere Richtung geht.

Ist es dann nicht höchste Zeit als Zeitzeugin Alarm zu schlagen?

Ja, schon. Denn es ist sicher so, dass alle die schlimmen Entwicklungen, die zur Nazi-Diktatur geführt haben, damit begannen, dass gesagt wurde, die Juden seien nicht Teil unser »Volksgemeinschaft«, und dann, in einem zweiten Schritt, ihre systematische Vernichtung eingeleitet wurde. Heute sind wir noch nicht beim Umbringen, aber die Gefahr ist immer da. Und ja, Wirtschaftskrisen sind nie gut für die Demokratie. Die Menschen sind enttäuscht von dieser Regierungsform. Ich habe allerdings unlängst über Deutschland gelesen und da hieß es, der Westen des Landes sei im Grunde verlässlich demokratisch, der Osten im Grunde verlässlich nicht-demokratisch. Das bedeutet also, dass auch die kommunistische DDR-Erfahrung an den Menschen nicht spurlos vorübergegangen ist. Sie haben nicht nur die Nachtseiten des Regimes gesehen, sondern auch positive Seiten – wie ja auch die Nazizeit vielen Vorteile gebracht hat, in materieller Hinsicht vor allem. Das Vermögen, das man anderen weggenommen hat, gab man ja zum Teil den eigenen Leuten weiter. In diese Richtung geht auch, was zurzeit die FPÖ propagiert: »Preise senken statt Millionen verschenken«. Wenn jemand unter der Inflation leidet, weil er wenig Geld hat, ist das natürlich ein attraktiver Slogan.

Wer wie wir ein sicheres Leben hat, kann leicht reden. Also ich traue mich nicht, Leute zu verdammen, die sagen: Wenn ich die Miete nicht zahlen kann, ist mir am wichtigsten, dass ich die Miete zahlen kann – und nicht, ob der Ukraine geholfen wird.

Aber auch du weißt doch, wie brandgefährlich die Folgen dieses billigen Populismus sein könnten. Wie die geleakten Verhandlungsunterlagen von FPÖ und ÖVP schwarz auf weiß dokumentieren, waren Preissenkungen oder niedrigere Mieten oder überhaupt Erleichterungen für die »kleinen Leute« keine

zentralen Forderungen der FPÖ. Es ist zu dieser Regierung nicht gekommen. Aber es bleibt die Frage, was eine funktionierende Demokratie geschickten Populist:innen, die polarisieren und das gesellschaftliche Klima vergiften, entgegensetzen kann.

Das ist jetzt wahrscheinlich jenseits von einem aufzeichnungswürdigen Gespräch, aber ich glaube, es gibt eine Sehnsucht nach anständigen Menschen. Präsident Van der Bellen genießt doch allgemeinen Respekt, weil die Leute Sehnsucht haben nach anständigen Menschen. Und auch das Riesenecho auf den Tod von Papst Franziskus, das kam nicht nur von frommen Katholiken, sondern von weit größeren Kreisen, weil die Leute froh sind, wenn jemand integer ist. Es kommt nicht so sehr auf ideologische Unterschiede an, sondern darauf, dass ganz verschiedene Einstellungen zusammenkommen auf der Basis von Anstand.

Nicht zuletzt durch das Aufkommen der sogenannten »Social Media« hören immer mehr Menschen auf das, was in ihren eigenen »Blasen« über »Likes« verbreitet wird. Immer mehr Menschen glauben dem Slogan »Die Presse lügt« und vertrauen nur noch ihren eigenen »Influencer:innen«. Den Mainstream-Zeitungen, also den wichtigsten, von rechts und links angegriffenen meinungsbildenden Medien, wird immer mehr Misstrauen entgegengebracht. Diese müssen wie jeder öffentlich-rechtliche Rundfunk immer härter um ihr Überleben kämpfen. Ist der Journalismus, wie wir beide ihn noch gekannt und ausgeübt haben, Geschichte?

Ich bin da die falsche Auskunftsperson. Ich bin steinalt und in den sozialen Medien nicht präsent. Ich mag Zeitungen aus Papier, was es wohl bald nicht mehr geben wird. Die neue Medienwelt ist eine Welt, die mir fremd ist und zu der ich nichts sagen kann. Aber der Mainstream-Journalismus hat sich deutlich verbessert seit meinen Anfängen als Journalistin. Ich kann mich noch an die Fünfzigerjahre erinnern, als ich in der Lokalredaktion der *Presse* arbeitete. Wenn da ein Politiker interviewt wurde, dann kam der Reporter mit einer Liste von Fragen, die er dem Pressemenschen vorgelegt hatte. Und dann hat der Politiker das gesagt, was er sagen wollte, und der Reporter hat gesagt:

»Vielen Dank und auf Wiedersehen«, und das war es. Kritische Fragen, das gab es erst viel später mit dem Ministerratsfoyer, das Bundeskanzler Kreisky eingeführt hat. Da ist also vieles besser geworden.

Wenn ich jetzt an den ORF denke, finde ich den Sender heute sehr gut. Ich kann mich ja noch an die Zeit vor der Rundfunkreform erinnern, als die Außenpolitik nur in der Sendung »Man steht am Fenster« von Vincenz Ludwig Ostry präsent war. Dieser Ostry war ein Beamter des Außenministeriums, der am Fenster stand und das Weltgeschehen kommentierte. Heute haben wir überall kompetente Korrespondenten und Korrespondentinnen und das ist ein gewaltiger Fortschritt. Wir haben heute sicher auch mit Fake News zu tun und so weiter, aber es gibt international und auch bei uns in Österreich immer noch sehr guten Mainstream-Journalismus. Und insgeheim wissen die Leute sehr gut, was seriöser Journalismus ist.

Aber passt es nicht zusammen, dass nicht nur Sendern wie dem ORF gegenüber, sondern auch der Wissenschaft und Wissenschaftler:innen gegenüber Skepsis herrscht?

Es gibt viel offensichtlichen Unsinn, der seine Abnehmer findet, und es gibt die Leute, die nur Fox News schauen und ein entsprechendes Weltbild bekommen. Aber wir müssen froh sein, dass es Maßstäbe gibt, die immer noch gelten. Wir haben immer noch die *New York Times* und andere Zeitungen in dieser Kategorie, daran kann man sich irgendwie halten. Und es gibt immer noch Journalisten, die das verteidigen, was wir unter Journalismus verstehen.

Aber gerade die stehen unter enormem Druck. Zeitdruck, Erfolgsdruck und finanziellem Druck. Immer mehr Zeitungen fahren auf Sparkurs, immer mehr Journalist:innen werden entlassen – und immer mehr Journalist:innen müssen die Verachtung über sich ergehen lassen, die ihnen heutzutage von immer mehr Politiker:innen entgegengebracht wird.

Das stimmt natürlich. Insofern sind wir Angehörige einer Glücksgeneration. Ich beziehe aus dem Journalismus noch eine Pension, von der ich leben kann. Das werden viele junge Kollegen nicht mehr bekommen und das ist natürlich schlimm.

Waren wir da insgesamt nicht zu wenig wachsam?

Dass alles so gekommen ist, wie es gekommen ist, hat niemand erwartet. Aber ja, es ist so. Wir leben in finsternen Zeiten.

Barbara ist in den Journalismus »hinein-gestolpert«, wie sie in Interviews erzählte, und avancierte von der Lokalreporterin der *Presse* in den 1950er-Jahren zur ausgewiesenen Osteuropa-Expertin des ORF und vielfach ausgezeichneten Doyenne des österreichischen Journalismus.

Dieser Weg war der am 15. Jänner 1932 in Prag geborenen Barbara Margarethe Sophie Maria Mitsu Gräfin Coudenhove-Kalergi nicht vorgeschrieben gewesen.

Die Nachfahrin einer Adelsfamilie mit Wurzeln in Brabant, die 1842 in Böhmen Wurzeln geschlagen hatte, erlebte als Siebenjährige den Einmarsch der Nazideutschen in Prag. Aus Barbara wurde Bärbel und ein »deutsches Mädel«. Als Dreizehnjährige erlebte sie im Mai 1945 die Flucht der Familie aus der tschechoslowakischen Heimat.

Der Vater wurde im Theresianum erzogen und war in der k. u. k. Armee. Kaiser Franz Joseph war eine Art Übüervater. Uns Kindern prägte unser Vater ein, dass wir weder Deutsche noch Tschechen sind: »Wir sind Böhmen deutscher Zunge«, sagte er. Und es stimmt, dass Prag anders war als das Sudetenland. Die Egerländer haben gesungen: »Deitsch wollen ma sein und frei wollen ma sein und da bleibma auch dabei, weil ma Egerländer sein«. Was sollten diese Leute also in einem tschechischen Nationalstaat? Das passte wirklich nicht zusammen. Aber Prag, das war das deutschsprachige Bildungsbürgertum, ziemlich jüdischliberal, und das waren die Aristokraten mit den schönen Palais auf der Prager Kleinseite.

Wie konnte sich dieses weltoffene Prag dann so schnell verändern?

Während der sudetendeutschen Krise 1938, als der »Anschluss« der deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei an das Hitlerreich drohte, ist eine Delegation des böhmischen Adels, der auch mein Großvater angehörte, zu Präsident Edvard Beneš gegangen, um ihn

der Loyalität des deutschsprachigen Adels zum tschechoslowakischen Staat zu versichern. Aber dann wurden dennoch alle hinausgeschmissen, die in den 1930er-Jahren aufgrund der Muttersprache für Deutsch optiert hatten. Demnach waren wir Deutsche und wurden hinausgeschmissen, was natürlich ein Unrecht war. Dreißigtausend Tote und drei Millionen Vertriebene, das ist nicht ohne ...

Im Jahr 1991, zwei Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, eröffnete der ORF auch in der tschechischen Hauptstadt ein Büro. Barbara kehrte als Korrespondentin in ihre Heimatstadt Prag zurück. Ihr erstes Einsatzgebiet, Polen, hatte inzwischen ich von ihr übernommen. Nach der friedlichen Teilung der Tschechoslowakei 1993 erbte ich von Barbara auch die Slowakei. »Keine Angst«, sagte sie mir damals beruhigend in der ORF-Kantine am Küniglberg, »die Slowaken sind den Polen ganz ähnlich, nur sind sie noch größere Antisemiten«.

Wie es sich für sie angefühlt habe, nach der »Samtenen Revolution« 1989, über die sie täglich berichtet hatte, selber wieder in ihrer Geburtsstadt zu leben?

Ich habe die Transformationsjahre in der Tschechoslowakei und später in Tschechien erlebt und gesehen, wie in der Ära des Ministerpräsidenten und späteren Staatspräsidenten Václav Klaus plötzlich der Kapitalismus ausbrach – alle wollten jetzt Unternehmer werden, Geld wurde ganz wichtig. Vorher, unter den Kommunisten, sagten die Leute, wir tun so, als ob wir arbeiten, und ihr tut so, als ob ihr uns bezahlt. Jetzt schuf der Kapitalismus mit einem Schlag materielle und soziale Ungleichheiten mit sehr weitreichenden Folgen. Aber inzwischen haben sich die sozialen Unterschiede etwas eingeebnet.

Die Narbe, welche die Vertreibung aus dem Paradies ihrer Kindheit hinterlassen hatte, war damals noch nicht verblasst.

Ich war in Tschechien einmal in einer Schule eingeladen und da erzählte ein Schüler, dass er in einem Haus wohnt, wo früher Deutsche gewohnt hatten, die dann weggezogen seien. Da habe ich nur sagen können: »Weggezogen? Das ist wohl nicht ernst gemeint«. Die-

ses historische Kapitel ist noch nicht ernstlich aufgearbeitet, obwohl man mir sagt, dass die dritte Generation jetzt zu fragen beginnt.

Es mag für Barbara keine wirkliche Wiedergutmachung gewesen sein, aber zweifellos ein ergreifender Augenblick, als der tschechische Präsident Václav Havel ihr im Jahr 2001 auf der Prager Burg den Tomáš-Garrigue-Masaryk-Orden für ihre Verdienste um Demokratie und Menschenrechte verlieh. Ich war damals schon ihre Nachfolgerin im ORF-Büro Prag und wohnte der Zeremonie mit unserem Kamerateam bei. Barbara nützte die Gelegenheit, um Havel nach seiner persönlichen Haltung zur Vertreibung der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei zu fragen.

Ja, ich habe Havel gefragt, was er jemandem sagen würde, den sie damals hinausgeschmissen haben? Seine Antwort war, er habe sich entschuldigt für die Grausamkeiten aber nicht für die Vertreibung, weil das einfach »nicht ging« ... Er hatte wahrscheinlich recht.

Im Jahr 2013 ist im Zsolnay-Verlag Barbaras Autobiografie *Zuhause ist überall* erschienen, die sowohl in Wien als auch in ihrer Geburtsstadt Prag Aufsehen erregte. Für die damals 81-jährige Barbara war dieses Buch eine Bringschuld an ihre »Familie«, der sie zu lange zu wenig Bedeutung beigemessen habe und eine Bringschuld an alle, die wie sie Flucht und Migration erlebt haben.

Rückblickend haben wir Glück gehabt, nach Österreich zu kommen. Wir hatten Deutsch als Muttersprache und ein Dach über dem Kopf. Unser Haus stand am Ende eines Tales im Lungau, und da ist man drei Stunden zu Fuß gegangen nach Mariapfarr. Der Vater ist da immer einkaufen gegangen – drei Stunden hin, drei Stunden zurück ... aber irgendwie ging es. Wenn man jung ist, geht es immer irgendwie. Und als Kind wundert man sich ja über nichts. Man nimmt hin, was ist.

Ich erzähle Barbara von meinen Eltern, deren Familien nach dem Einmarsch der Nazis im polnischen Łódź als Jüd:innen

ihre großbürgerlichen Wohnungen verlassen mussten und in das zum Ghetto umfunktionierte Armenviertel der Stadt umgesiedelt wurden, und frage, wie denn ihre eigene Mutter, Gräfin Sophie Palffy von Erdöd, den plötzlichen sozialen Abstieg als Flüchtling in Österreich bewältigt habe.

Die Mami war gut. Sie konnte ja überhaupt nicht kochen, hat dann aber gekocht und auch alles andere im Haushalt gemacht. Aber ich weiß noch, wie der Joschi Krainer, der meine Mutter mochte, gelacht hat, als er in Graz, wo die Eltern wohnten, in die Küche kam und die Mami sah, die mit ihrer Zigarette dastand, während ihr die Asche in die Suppe fiel...

Die Bedeutung von Herkunft und Familie und tradierten Werten hat Barbara für sich allerdings erst spät erkannt.

Als ich jung war, hat mich Familie zum Beispiel überhaupt nicht interessiert. Ich wollte etwas ganz anderes. Aber mit zunehmendem Alter kommt mir vor, dass man Familie und Herkunft und tradierte Werte in sein eigenes Leben irgendwie integrieren muss, damit es halbwegs passt. Das ist nicht leicht, und jeder muss einen eigenen Weg dahin finden. Ich habe dir doch von einem jungen Verwandten erzählt, der im Theater ein Schauspieler ist, zu Hause aber als Sohn von adeligen Schlossbesitzern ein Schlossleben führt und innerlich zerrissen ist. Aber ich sagte ihm, du musst schauen, dass du beides unter einen Hut bringst. Es ist nicht Entweder-oder. Du bist beides. Und das ist okay so.

Ob ein Leben gelungen ist oder nicht, erweist sich nicht zuletzt daran, wo jemand seinen Platz gefunden hat oder, theologisch gesagt, seinen Sitz im Leben, also seine Identität. Früher war das wahrscheinlich einfacher. Wenn der Jungbauer den Hof vom Altbauer übernommen hat, dann hat er dort weitergemacht, wo der Vater aufgehört hat. Heute sind viele Menschen konfrontiert mit verschiedenen Identitäten, zuallererst die Migranten, die in ein anderes Land kommen. Aber da sind auch die Leute, bei denen der Beruf nicht mit der Herkunft zusammenpasst, also die Milieus, in denen er sich bewegt, nicht zusammenpassen. Es kommt also darauf an, einen Platz für sich zu finden, wo alles zusammengeht.

Meine eigene Familie ist ein Mischmasch. Damit muss man leben und daraus muss man etwas machen. Und ich glaube, das geht.

Einen Kompromiss anderer Art hat das »Kerzlweiberl« Barbara durch ihre Heirat mit dem noch im österreichisch-ungarischen Przemyśl geborenen, jüdischen Kommunisten Franz Marek geschlossen.

Ich sehe da keinen unüberwindlichen Widerspruch. Ich bin trotz dieser Ehe nie aus der katholischen Kirche ausgetreten. Man muss einfach Wege suchen, damit das zusammenpasst und meine Identität passt für mich. Es ist schlecht, den Leuten zu suggerieren, es gibt nur »Entweder-oder«. Es gibt Sachen, die entbehrlich sind, und Sachen, die unentbehrlich sind. Ja, ich war mit einem Oberkommunisten verheiratet, aber den nettesten Kondolenzbrief nach seinem Tod hat mir der Karl Schwarzenberg geschrieben, ein hundertprozentiger Konservativer, der wusste, dass man aus anständigen Gründen auch anderer Meinung sein kann. Also auch scheinbar große Gegensätze können miteinander, während man es mit miesen Opportunisten schwerer hat.

Auf politischer Ebene sieht Barbara die Überwindung von »Entweder-oder« in der Kunst des Kompromisses.

Bundespräsident Van der Bellen hat das in einer, glaube ich, historischen Rede als Lob des Kompromisses umschrieben. Der Kompromiss ist ein Kulturgut, das den Österreichern mitgegeben worden ist, und sie müssen damit etwas machen. Das hat mir sehr eingeleuchtet. Diese Fähigkeit zum Kompromiss sollten wir uns erhalten, aber ohne Anbiederung und ohne faule Kompromisse, denn es gibt eben auch echte und gute Kompromisse. Das gilt auch für Koalitionsvarianten bei einer Regierungsbildung. Ich bin sicher, dass solide Konservative und solide Linke gut zusammenarbeiten können. Mit populistischen Schnöseln hingegen wird es schwer.

Es ist spät geworden. Barbara hat heute Abend zwar nichts mehr vor, aber es wartet wieder ein neues Buch, das ihr ein Freund empfohlen hat. Wir tauschen uns noch kurz über unsere jüngs-

ten Erfahrungen als Lesepatinnen für Migrantenkinder aus und über eine der jüngsten Diskussionsveranstaltungen, an denen sie am Podium teilgenommen hatte. Zudem erlerne sie zurzeit einen neuen Beruf, sagt Barbara dann verschmitzt: »das Altern«.

Je älter man wird, desto mehrengt sich das Leben ein. Aber es gibt Sachen, über die man sich freut. Schönes Wetter oder Sonnenschein oder ein schöner Blumenstrauß. Man muss wirklich dankbar sein, wenn man noch einige Menschen um sich hat ... Mir sind viele Freunde gestorben und die Luft wird dünner. Ich bin dreiundneunzig und würde eigentlich lieber sterben, als da jetzt noch große Geschichten zu machen mit einem Umzug in ein Heim oder so. Viele haben ja heute die 24-Stunden-Pflege, aber das finde ich schrecklich und, Gott sei Dank, ist meine Wohnung sowieso zu klein dafür ... Aber worüber reden wir da? Du bist noch jung. Mit 71 geht noch alles.



»Warum ist Afrika so arm, Herr Muga?«

MARGIT MAXIMILIAN IM GESPRÄCH MIT

WYCLIFFE MUGA

»Das ist die falsche Frage, Margit«, schimpft Wycliffe. Er sitzt in seinem Wohnzimmer in Kenias Hauptstadt Nairobi und ich im knapp zwei Flugstunden entfernten Sansibar im Nachbarstaat Tansania. Wycliffe Muga ist in Ostafrika kein Unbekannter. Regelmäßig schreibt er Kolumnen für die kenianischen Tageszeitung *The Star*, früher auch für die *Daily Nation* und zehn Jahre lang mit seinem »Letter from Africa« auch für die BBC. 2006 nannte ihn die *Financial Times* Kenias einflussreichsten Printkommentator. Für dieses Buch hat er zugestimmt, einige Abende lang mit mir via Skype über seinen Kontinent zu reden.

»Für mich ist die Frage ›Warum ist Afrika arm?‹ irrelevant«, doziert er gleich zu Beginn. »Die eigentliche Frage ist doch: Kann Afrika so florieren wie andere Teile der Welt? Gelingt es, politische Stabilität zu schaffen? Können die Staaten Afrikas wirtschaftlichen Wohlstand für ihre Bevölkerungen schaffen? Können wir es trotz all der Korruption, all des Wahnsinns und des ethnischen Hasses schaffen? Wenn wir hier versuchen wollen, in die Zukunft zu blicken, lautet die Frage deshalb nicht, warum Afrika so arm ist, sondern kann Afrika in Zukunft vorankommen, kann es stabile politische Systeme aufbauen, die die Menschenrechte respektieren und Wirtschaftssysteme, die breiten Wohlstand bringen. Und dann lautet die Antwort: Ja, kann es.«

»Die kapitalistische Revolution, die Afrika braucht«, titelte der einflussreiche *Economist*, der in Großbritannien erscheint, aber weltweit gelesen wird, nur wenige Wochen vor unserem Gespräch. Ein etwas anmaßender Titel, urteilte Wycliffe Muga umgehend in einem Kommentar im *Star*. Wirtschaft, Wachstum und freie Märkte zu postulieren sei zu einfach, heißt es da. Dennoch kommt er auch hier zu dem Schluss, dass es möglich sei, die Armut in Subsahara-Afrika zu beenden. Indien habe in den letzten 15 bis 20 Jahren rund 400 Millionen